
GO-BT - § 101. Beantwortung und Beratung von Großen Anfragen

Der Präsident teilt der Bundesregierung die Große Anfrage mit und fordert zur Erklärung auf, ob und wann sie antworten werde. Nach Eingang der Antwort wird die Große Anfrage auf die Tagesordnung gesetzt. Die Beratung muss erfolgen, wenn sie von einer Fraktion oder von fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages verlangt wird.

10/2 §§ 100, 101, 102 GO-BT

Mündliche Begründung Großer Anfragen

26.1.1984

vgl. Nrn. 9/6, 10/1

Es besteht kein Anspruch auf eine zusätzliche mündliche Begründung bei der Behandlung beantworteter Großer Anfragen.

Auf Antrag kann zu Beginn einer Aussprache über eine Große Anfrage einer der Fragesteller das Wort erhalten.

10/13 §§ 100-103, 104 GO-BT, Anlage 4 GO-BT

Feststellungen und Wertungen in Vorlagen

14.3.1985

vgl. Nrn. 9/3, 11/1, 11/11, 11/19, 13/4, 13/7

Es gehört zu den parlamentarischen Freiheiten, in eigener Verantwortung Anfragen und Anträge im Deutschen Bundestag einzubringen. Die äußere Grenze der Zulässigkeit von Formulierungen ist dort gezogen, wo sie - im Plenum des Deutschen Bundestages - vorgetragen, als Ordnungsverletzung angesehen wird. Schärfere Anforderungen bedürfen einer ausdrücklichen Rechtsgrundlage in der Geschäftsordnung. So sind unsachliche Feststellungen und Wertungen für Kleine Anfragen sowie für Mündliche und Schriftliche Fragen ausdrücklich verboten. Dieses Verbot betrifft freilich die Begründungen zu diesen Anfragen nicht. In den genannten Geschäftsordnungsvorschriften schlägt sich auch nicht eine allgemeine Regel nieder. Folglich gilt das Verbot unsachlicher Feststellungen und Wertungen nicht für Große Anfragen, Anträge oder andere Vorlagen von Mitgliedern des Bundestages.

Der Präsident des Deutschen Bundestages ist indes auf Grund seiner Aufgabe, das Ansehen des Bundestages zu wahren, befugt, in Fällen, in denen Formulierungen in Vorlagen von Mitgliedern des Bundestags als nicht angemessen erscheinen, mit den Antrag- oder Fragestellern Kontakt aufzunehmen, um eine angemessene Formulierung der Vorlage zu erreichen. Er ist daher, abgesehen von den ausdrücklich geregelten Ausnahmefällen, nicht ermächtigt, Vorla-

gen dann als unzulässig zurückzuweisen, wenn sie Formulierungen enthalten, die im Plenum des Bundestages vorgetragen, nicht als Ordnungsverletzung anzusehen wären.